

29. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 08. bis 10. Mai 1978

Aktuelle Steuerfragen

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bonn Bundesfinanzministerium

- I. Zur Rechtsstaatlichkeit der Besteuerungspraxis
 1. Verstoßen die Grundsätze zur Neuorganisation der Finanzämter und zur Neuordnung des Besteuerungsverfahrens gegen gesetzliche Bestimmungen?
 2. Der Einfluss der Rechtsprechung auf die Verwaltung
 3. Was kann die Verwaltung und Rechtsprechung zur Eindämmung der Gesetzesflut beitragen?
- II. Der stille Wandel des Steuersystems
 1. Die Verdrängung der indirekten durch die direkten Steuern
 2. Die staatlichen Transferleistungen und das Steuerrecht
 3. Die unentgeltlichen Leistungen der Unternehmen für den Staat
- III. Neues zur Steuergesetzgebung
 1. Die Umsatzsteuer-Novelle
 2. Die Novelle zum Entwicklungsländer-Steuerrecht
 3. Änderung des Investitionszulagengesetzes
 4. Das Steueränderungsgesetz 1978 (Berücksichtigung von Kindern bei geschiedenen und getrennt lebenden Elternteilen)
 5. Sonstige Steuerrechtsänderungen

Argumente im Steuerrechtsstreit

Kann eine rechtswissenschaftliche „Argumentationstheorie“ der Praxis helfen — und wo und wie?

Professor Dr. jur. Klaus Vogel, München

- I. Was ist der Sinn einer „Argumentationstheorie“?
- II. Argumentationsmuster in einigen geläufigen steuerrechtlichen Fragen
 1. Zur Bilanz der Personengesellschaft
 2. Die Betriebsaufspaltung
 3. Das negative Kapitalkonto der Kommanditisten
 4. GmbH & Co. KG
- III. Untersuchung und Bewertung der Argumente
 1. Die Auslegungsargumente
 2. Das Zweckargument
 3. Das Wesensargument
 4. Das Gleichheitsargument
 5. Das Lastenverteilungsargument
 6. Ein typischer Fehlschluss
- IV. Der Nutzeffekt

Finanzierungsregeln im Gesellschaftsvertrag der GmbH und ihrer Sonderformen

Professor Dr. Marcus Lutter, Bochum

- I. Einführung
- II. Gesellschafterdarlehen
 1. Zur Legitimation der Umqualifizierung
 2. Konsequenzen
 - a) Eigenkapitalersatz
 - b) Schutzbereich
 3. Gesellschafterdarlehen in der GmbH & Co. KG
 - a) Rechtsprechung
 - b) Fortentwicklung
 4. „Sachleihe“
 5. Nachrangiges Haftkapital
- III. Unterkapitalisierung
 1. Haftungstatbestand
 2. Rechtsfolgen
 3. Regelkonkurrenzen
- IV. Sacheinlagen
 1. Einlagenbewertung
 2. Einlegerhaftung
 - a) vor Eintragung
 - b) nach Eintragung
 - c) Binnenausgleich
- V. Bilanzierung und Reservenbildung in der GmbH
 1. Mitwirkungsrechte der Gesellschafter
 2. Minderheitenschützende Individualrechte
 - a) Informationsrechte
 - b) Informationsgrenzen
 3. Reservenbildung
 - a) Rücklagendotierung
 - b) Bilanzpolitik
 - c) Stille Reserven
- VI. Ausschüttungen
 1. Ausschüttungen in der Familien-GmbH
 2. Sacheinlagenrückgewähr
 3. Ausschüttungs-Rückhol-Verfahren
 - a) Sacheinlage
 - b) Einlagepflicht
 4. Vertragsanpassung an das neue Körperschaftsteuerrecht
- VII. Abfindungsregeln
 1. Buchwert- und andere Klauseln
 - a) Ausschluss
 - b) Austritt
 2. Pfändungsschutz und Einziehung

Nachtrag

Umsatzsteuerliche Zweifelsfragen im Zusammenhang mit Grundstücken und Gebäuden Ministerialrat Dr. Rembert Schwarze, Düsseldorf, Finanzministerium des Landes NRW

- I. Die Steuerbefreiungen mit ihren unterschiedlichen Auswirkungen
 1. Optionsmöglichkeiten nach § 9 UStG bei Vermietungen (§ 4 Nr. 12 UStG) und bei der Veräußerung von Grundstücken (§ 4 Nr. 9a UStG)
 2. Optionsbeschränkung bei § 4 Nr. 13 UStG und Vermeidbarkeit von Nachteilen für Teileigentümer
- II. Überlassung dinglicher Nutzungsrechte an Grundstücken
 1. Erbbaurecht
 2. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit
 3. Dauernutzungsrecht
 4. Entgeltliche und unentgeltliche Nießbrauchbestellung
 5. Überschneidung von dinglichen Nutzungsrechten mit Miet- und Pachtverträgen
- III. Leistungsaustausch und Vorsteuerabzug bei Erschließungsmaßnahmen durch Bauherren für Gemeinden
- IV. Steuerbefreiung, Steuerpflicht und Vorsteuerabzug bei Betriebsverlagerungen nach dem Städtebauförderungsgesetz
 1. Entschädigung für Gebäude und Außenanlagen
 2. Verlagerungskosten
- V. Steuerpflicht oder Steuerbefreiung bei der Vermietung von Sportanlagen
- VI. Ausblick auf die Änderung infolge der 6. EG-Richtlinie

Aktuelle steuerrechtliche Fragen zur betrieblichen Altersversorgung, insbesondere zur Unternehmensversorgung

Rechtsanwalt Peter Ahrend, Wiesbaden

Einleitung Rechtsentwicklung in der betrieblichen Altersversorgung seit Inkrafttreten des Betriebsrentengesetzes

- I. Arbeitsrechtliche Entwicklung
- II. Steuerrechtliche Entwicklung
- III. Insolvenzschutzrecht
 - A. Pensionsrückstellungen als interessantes Finanzierungsinstrument
 1. Steuerliche und betriebswirtschaftliche Effekte
 2. Passivierungswahlrecht
 3. Auflösungsverbot einmal gebildeter Pensionsrückstellungen
 4. Berücksichtigung von Vordienstzeiten innerhalb eines Konzerns bzw. von Dienstzeitunterbrechungen bei der Bewertung von Pensionsverpflichtungen
 5. Steuerliche Behandlung von Vorschaltzeiten bei der Bildung von Pensionsrückstellungen
 6. Bildung von Pensionsrückstellungen und Anpassung laufender Leistungen
 7. Pensionsrückstellungen als eine die Unterstützungskasse ergänzende Finanzierungsform
 8. Flexibilität der Pensionsrückstellungsbildung
 9. Fazit
 - B. Steuerliche Probleme bei betrieblichen Unterstützungskassen
 1. Die Körperschaftsteuerrichtlinien 1977 und andere Themen
 2. Auflösung von Unterstützungskassen
 3. Körperschaftsteuerreform und Unterstützungskassen
 4. Ertragsteuerliches Rückstellungsrecht für nicht gedeckte Verpflichtungen einer Unterstützungskasse
 5. Bewertungsrechtlicher Schuldabzug beim Trägerunternehmen einer Unterstützungskasse
 6. Fazit

- C. Steuerliche Klarstellungen zu betrieblichen Direktversicherungen
- D. Einzelfragen zur Unternehmerversorgung
 - 1. Ausgangspunkt
 - 2. Einschränkung der Insolvenzsicherungsfähigkeit
 - 3. Steuerliche Anerkennung von Haftungsausschlüssen
 - 4. Steuerliche Fragen beim Wechsel von Arbeitnehmern zu Mitunternehmern und umgekehrt
 - 5. Pensionsrückstellung für Gesellschafter-Geschäftsführer als Entscheidungskriterium für den Wechsel der Unternehmensform
- E. Ausblick
 - 1. Wertung der Rechtsentwicklung der letzten Jahre
 - 2. Sozialpolitischer Aspekt

Steuerliche Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit und Unternehmensverschmelzung

Rechtsanwalt Helmut Becker, Düsseldorf, Fachanwalt für Steuerrecht

- I. Ausgangslage
- II. Erste Bemühungen innerhalb der EG
 - 1. Konzernrichtlinie
 - 2. Fusionsrichtlinie
 - 3. Europäische Aktiengesellschaft
 - 4. Groupement d'Intérêt Economique
 - 5. Europäische Kooperationsvereinigung
- III. Europäische Verschmelzungsfälle
- IV. Unilever Modell
 - 1. Entstehungsphase
 - 2. Zusammenarbeitsphase
- V. Agfa-Gevaert Modell
 - 1. Vorbereitungsphase
 - 2. Entstehungsphase
 - 3. Zusammenarbeitsphase
- VI. VFW-Fokker Modell
 - 1. Vorbereitungsphase
 - 2. Entstehungsphase
 - 3. Zusammenarbeitsphase und Gewinnausschüttung
- VII. Körperschaftsteuerreform 1977
- VIII. Schlussfolgerungen

Aktivierungsfragen

Von der dynamischen zur statischen Bilanzauffassung und zurück?

Prof. Dr. Heinrich Wilhelm Kruse, Bochum

- I. Einführung
- II. Einzelfälle
 1. Ein- und Umbauten des Mieters
 2. Planungskosten
 3. Reklamekosten
 4. Provisionsvorschüsse
 5. Räumungskosten
 6. Vermittlungsprovisionen
 7. Damnum
 8. Zeitliche Nutzungsrechte
- III. Ursachen des statisch-dynamischen Spannungsverhältnisses
 1. Pragmatisch-technische Grundstruktur des EStG
 2. Fehlkonstruktion des Gewinnbegriffs
 3. Zum Begriff des Wirtschaftsguts

Korreferat zum Referat Professor Dr. Kruse

Professor Heinrich Beisse, Richter am Bundesfinanzhof, München

Zur Bilanzauffassung des Bundesfinanzhofs

Einleitung

- I. Zur statischen und dynamischen Bilanzauffassung im Handels- und Steuerrecht
 1. Die Gegensätze
 2. Versuch einer Synthese
 3. Kurskorrektur
- II. Zu den Beispielfällen des Referats. Interpretationsfragen
- III. Folgerungen
 1. Statische Judikatur
 2. Die dynamische Komponente im geltenden Steuerbilanzrecht
 3. Wesen der Steuerbilanz
- IV. Ergebnis

Kurze Zusammenfassung der Aussprache zum Referat Prof. Dr. Kruse und Korreferat Prof. Beisse

Teilnehmer der Aussprache:

Prof. Dr. Kruse, Bochum Richter am Bundesfinanzhof

Prof. Beisse, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Zum Begriff Wirtschaftsgut

Ministerialrat Dr. Günter Söffing, Bonn Bundesfinanzministerium

I. Allgemeines

1. Entstehung des Begriffs
2. Der Begriff Wirtschaftsgut
 - a) Allgemeines
 - b) Die Voraussetzung der selbständigen Bewertungsfähigkeit
 - c) Selbständige Verkehrsfähigkeit
3. Verschiedene Arten von Wirtschaftsgütern
 - a) Allgemeines
 - b) Bewegliche, unbewegliche und immaterielle Wirtschaftsgüter
 - (i) Bewegliche Wirtschaftsgüter
 - (ii) Unbewegliche Wirtschaftsgüter
 - (iii) Immaterielle Wirtschaftsgüter
 - c) Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens
 - d) Positive und negative Wirtschaftsgüter
4. Die Bedeutung des Begriffs Wirtschaftsgut
 - a) Wirtschaftsgut als Bilanzierungsgebot?
 - (i) Allgemeines
 - (ii) Die Bedeutung des § 6 EStG
 - (iii) Die Bedeutung der §§ 4 Abs. 1 und 5 EStG
 - b) Sind die Begriffe Wirtschaftsgut und Vermögensgegenstand identisch?
5. Der Begriff Wirtschaftsgut in anderen Steuergesetzen

II. Einzelfragen

1. Rückstellungen
 - a) Der Rückstellungsbegriff nach dem Vorschlag einer EG-Bilanz-Richtlinie
 - b) Rückstellung für Jahresabschlusskosten und für Kosten der Pflichtprüfung des Jahresabschlusses
2. Immaterielle Wirtschaftsgüter
 - a) Gehören immaterielle Wirtschaftsgüter zu den beweglichen Wirtschaftsgütern?
 - b) Immaterielle Wirtschaftsgüter im engeren Sinn und im weiteren Sinn
 - c) Einlagefähigkeit immaterieller Wirtschaftsgüter
3. Besonderheiten bei Gebäuden
 - a) Frühere Behandlung
 - b) Abschnitt 14 EStR
 - c) Der Beschluss des Großen Senats des BFH vom 26.11.1973
 - d) Die Reaktion der Finanzverwaltung auf den Beschluss des Großen Senats vom 26.11.1973
 - e) Neue Erkenntnisse
4. Beteiligungen an Personengesellschaften
 - a) Allgemeines
 - b) Der Beteiligungsbegriff nach dem aktienrechtlichen Gliederungsschema
 - c) Die Rechtsprechung des BFH
 - d) Auffassung der Finanzverwaltung
 - e) Eigene Stellungnahme

Korreferat zum Referat Dr. Söffing

Dr. Lothar Woerner, Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Entwicklung der Bilanzansätze in drei Stufen
 - A. Wirtschaftsgut
 - B. Bilanzierungsfähigkeit
 - C. Bewertung
- II. Einzelne Wirtschaftsgüter
 - A. Rückstellung für Jahresabschlusskosten und Kosten der Pflichtprüfung des Jahresabschlusses
 1. Rückstellungsfähigkeit
 2. Wirtschaftliche Verursachung
 - B. Beteiligungen
 1. Beteiligung an einer Personenhandelsgesellschaft
 - a) Handelsrecht
 - b) Steuerrecht
 2. Beteiligung an einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts und an einer Bruchteilsgemeinschaft
 - a) Handelsrecht
 - (1) Schrifttum
 - (2) Eigene Stellungnahme
 - (3) Bruchteilsgemeinschaft
 - b) Steuerrecht
- III. Schlussbetrachtung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache zum Referat Ministerialrat Dr. Günter Söffing und Korreferat Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lothar Woerner

Teilnehmer der Diskussion:

Ministerialrat Dr. Günter Söffing, Bonn

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lothar Woerner, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Konsequenzen der steuerlichen Nichtanerkennung oder Teilanerkennung von Rechtsverhältnissen

Professor Dr. Joachim Schulze-Osterlob, Berlin

- A. Einführung
- B. Die einzelnen Fallgruppen
 - I. Steuerliche Nichtberücksichtigung von Verträgen
 1. Atypisch gestaltete Gesellschaftsverträge
 2. Verträge, die sich Rückwirkung für die Zeit vor dem Tag ihres Abschlusses beilegen
 3. Unentgeltliche Nießbrauchsbestellungen
 4. Verträge zwischen nahen Angehörigen, die nicht klar und eindeutig geschlossen oder nicht tatsächlich durchgeführt sind
 - II. Korrekturen der Höhe nach
 1. Arbeitsverträge zwischen nahen Angehörigen
 2. Gesellschaftsverträge mit nahen Angehörigen und innerhalb einer GmbH & Co. KG, bei der die Kommanditisten die GmbH beherrschen
 3. Dienstverhältnisse von Gesellschafter-Geschäftsführern bei Kapitalgesellschaften

- C. Steuerliche Beurteilung der Leistungen, die zwischen den Beteiligten vereinbarungsgemäß erbracht werden
- I. Nichtanerkennung einer Mitunternehmerschaft zwischen nahen Angehörigen
 1. Beschränkte Aussagekraft der Nichtanerkennung
 2. Rechtliche Grundlage der Nichtanerkennung
 3. Vermögenszuwachs des in das Unternehmen aufgenommenen Angehörigen
 - a) Die Beteiligung als eigene Einkunftsquelle
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen im Sinne des § 20 I Nr. 4 EStG
 - i § 20 I Nr. 4 EStG als Auffangtatbestand für nicht anerkannte Mitunternehmerschaften
 - ii Bedeutung der Entnahmebeschränkungen
 - iii Wechselwirkung zwischen Einnahmen aus der Beteiligung als stiller Gesellschafter und Betriebsausgaben des Inhabers des Unternehmens
 4. Beurteilung der Vermögensminderung auf der Seite des aufnehmenden Gesellschafters
 5. Ergebnis
 - II. Nichtanerkennung einer stillen Gesellschaft zwischen nahen Angehörigen
 1. Die Besteuerung des stillen Gesellschafters
 2. Die Besteuerung des Inhabers des Handelsgewerbes
 - III. Steuerliche Nichtberücksichtigung von Verträgen, soweit sie sich Rückwirkung für die Zeit vor dem Tag ihres Abschlusses beilegen
 1. Inhalt und rechtliche Qualifikation der Rückwirkungsvereinbarung
 2. Zeitbezogene Angemessenheitskontrolle
 3. Ergebnis
 - IV. Steuerliche Nichtanerkennung eines Nießbrauchs
 - V. Steuerliche Nichtanerkennung von Verträgen, die nicht eindeutig und klar geschlossen oder nicht tatsächlich durchgeführt sind
 - VI. Korrekturen der Höhe nach
 1. Grundlage der Beschränkung der Anerkennung: vom Parteiwillen abweichende Qualifikation des Rechtsverhältnisses
 2. Qualifikation des unangemessenen Teils der Leistungen oder des Gewinnanteils
 - a) Leistungen an Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft (verdeckte Gewinnausschüttungen)
 - b) Arbeits- und Gesellschaftsverhältnisse zwischen Familienangehörigen
 - i Unterhaltsleistungen
 - ii Freigebige Zuwendungen im Sinne des Schenkungsteuerrechts
 3. Ergebnis
- D. Zusammenfassung
- I. Auf der Seite des Empfängers von Leistungen oder Gewinnanteilen
 - II. Auf der Seite des Leistenden

Korreferat zum Referat Professor Dr. Schulze-Osterloh

Professor Dr. Ludwig Schmidt, Richter am Bundesfinanzhof, München

Einleitung

- I. Zum Wesen der steuerrechtlichen Anerkennung oder Nichtanerkennung von Rechtsverhältnissen
- II. Grundsätzliches zu den Konsequenzen der steuerrechtlichen Nichtanerkennung von Rechtsverhältnissen, insbesondere zu den Thesen des Referenten
 1. Thesen des Referenten
 2. Resümee
 3. Bedenken
 4. Ausblick
- III. Einzelfragen
 1. Konsequenzen der Nichtanerkennung eines vermächtnisweise begründeten Nießbrauchs an Rechten
 2. Konsequenzen der Anerkennung oder Nichtanerkennung des negativen Kapitalkontos eines Kommanditisten

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Prof. Dr. Schulze-Osterloh und Korreferat Richter am Bundesfinanzhof Prof. Schmidt

Teilnehmer der Aussprache:
Prof. Dr. Schulze-Osterloh und
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schmidt

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Der Mitunternehmergewinn als Betriebsvermögensmehrung des Mitunternehmers Ministerialdirigent Dr. Adalbert Uelner, Bonn, Bundesfinanzministerium

- I. Die neuen „Theorien“ und „Gedanken“ zur Besteuerung von Mitunternehmern
 1. Konsolidierungstheorie
 2. Beitragsgedanke
- II. Der gegenwärtige Stand der BFH-Rechtsprechung
- III. Der Mitunternehmergewinn als Betriebsvermögensmehrung des Mitunternehmers
 1. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Qualifikationsnorm
 - a) Der Gewinnanteil des Mitunternehmers
 - b) Sondervergütungen eines Mitunternehmers
 2. Die Steuerbilanz der Mitunternehmerschaft als strukturierte Gesamtbilanz
- IV. Folgerungen
 1. Vorbemerkung
 2. Umfang des Betriebsvermögens
 - a) Wirtschaftsgüter der Mitunternehmerschaft als solcher
 - b) Wirtschaftsgüter der Mitunternehmer
 3. Geschäfte zwischen Mitunternehmer und Mitunternehmerschaft
 4. Vergütungen der Mitunternehmer
- V. Ausblick

Korreferat zum Referat Dr. Uelner

Dr. Georg Döllner, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, München

Ergänzungsbilanz und Gesamtbilanz

1. Aktivierung von Tätigkeitsvergütungen des Gesellschafters
 2. Verzicht auf eine Darlehensforderung des Gesellschafters
 3. Verkauf eines Gegenstandes des Sonderbetriebsvermögens in ein anderes Sonderbetriebsvermögen
 4. Bilanzierung eines Grundstücks, das gesellschaftsrechtlich gegen Gewährung eines Vorab-Gewinnanteils eingebracht wird
- Schlussbemerkung

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Dr. Uelner und Korreferat Dr. Döllerer

Teilnehmer der Aussprache:

Ministerialrat Dr. Uelner
und Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Döllerer

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht

Ministerialdirigent Dr. Klaus Manke, Bonn Bundesfinanzministerium

- A. Einführung
- B. Ausländische Personengesellschaften
 - I. Qualifikationsprobleme
 - II. Behandlung bei gleicher Qualifikation
 - 1. Gesellschafter unbeschränkt steuerpflichtig
 - 2. Gesellschafter beschränkt steuerpflichtig
 - III. Behandlung bei abweichender Qualifikation
 - 1. Nach deutschem Steuerrecht Qualifikation als Personengesellschaft
 - a) Gesellschafter unbeschränkt steuerpflichtig
 - b) Gesellschafter beschränkt steuerpflichtig
 - 2. Nach deutschem Steuerrecht Qualifikation als körperschaftsteuerpflichtiges Gebilde
 - a) Gesellschafter unbeschränkt steuerpflichtig
 - b) Gesellschafter beschränkt steuerpflichtig
- C. Inländische Personengesellschaften
- D. Schluss

Korreferat zum Referat Dr. Manke

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach, München Fachanwalt für Steuerrecht

Personengesellschaften im Internationalen Steuerrecht

- A. Qualifikationsprobleme
 - I. Qualifikation ausländischer Gesellschaften
 - II. Qualifikation von Einkünften nach DBA
- B. Die steuerliche Behandlung von über die Grenze reichenden Geschäftsbeziehungen zwischen Personengesellschaft und Gesellschafter
 - I. Gewinnrealisierungsprobleme
 - 1. Einführung
 - 2. Verzicht auf Gewinnrealisierung über die Grenze?
 - II. Anwendung der „Subsidiaritätstheorie“ zu § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG über die Grenze?

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über das Referat Ministerialdirigent Dr. Manke und Korreferat Rechtsanwalt Dr. Raupach

Mitwirkende der Aussprache:
Ministerialdirigent Dr. Manke, Bonn
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Raupach, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Klaus Hessler, Bochum

Die Besteuerung der Kapitalgesellschaften im Lichte der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und des Körperschaftsteuergesetzes 1977

Dr. Georg Döllerer, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, München

- I. Alte Rechtsprechung und neues Gesetz — Bruch oder Kontinuität
- II. Ausgewählte Fälle
 1. Vorabausschüttungen
 - a) Vorabausschüttung der GmbH
 - b) Vorabausschüttung der AG
 - (i) Abschlagszahlung auf den voraussichtlichen Bilanzgewinn
 - (ii) Andere Vorabausschüttungen
 2. Verdeckte Gewinnausschüttungen
 - a) Verdeckte Gewinnausschüttung durch unentgeltliche Veräußerung eines Geschäftswerts oder eines anderen immateriellen Wirtschaftsguts
 - b) Verdeckte Gewinnausschüttungen durch Ersparung von Aufwendungen
 - c) Verdeckte Gewinnausschüttung durch Bildung einer Pensionsrückstellung
 - d) Verdeckte Gewinnausschüttungen zwischen Schwestergesellschaften
 - e) Vorteilsausgleich
 - f) Rückgewähr der verdeckten Gewinnausschüttung
 3. Verdeckte Einlagen
 - a) Abgrenzung von der Sanierung
 - b) Rückgewähr der verdeckten Einlage
 4. Reinvestition
- III. Schlussbemerkung

Korreferat zum Referat Dr. Döllerer

Dr. Siegfried Widmann, München, Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium der Finanzen

1. Zeitpunkt
2. Vorabausschüttungen
3. Verdeckte Gewinnausschüttung
4. Nichtigkeitsbeschlüsse
 - a) Unterbilanz
 - b) Unwirksamer Gewinnabführungsvertrag
5. Änderung der Handelsbilanz zur Besteuerung von Altrücklagen nach altem Recht
6. Liebhaberei einer Kapitalgesellschaft
7. Rückstellung für zu erwartende Verluste der Organgesellschaft beim Organträger und verwendbares Eigenkapital
8. Zeitpunkt der Gewinnausschüttung beim Anteilseigner

Notwendige Gestaltung bei Alt- und Neuverträgen im Hinblick auf das KStG 1977 unter gleichzeitiger Darstellung zivilrechtlicher, steuerrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Voraussetzungen und Folgen

Referenten und Bearbeiter der Arbeitsunterlage:
Wirtschaftsprüfer Dr. Andreas Csik, Stuttgart,
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bruno Gassner, Stuttgart
Syndikus Werner Lettern, Stuttgart

Mitwirkende:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Georg Döllerer, München
Richter am Bundesgerichtshof Hans-Joachim Fleck, Karlsruhe
o. Prof. Dr. Gerd Rose, Köln
Ministerialrat Dr. Siegfried Widmann, München

- I. Gewinnausschüttung mit Verpflichtung zur Wiedereinlage
 1. Ausschüttung und Kapitalerhöhung
 2. Ausschüttung mit Darlehensgewährung
- II. Zivilrechtlicher Ausgleich bei verdeckter Gewinnausschüttung
 1. Aktienrechtliche Regelung
 2. Steuerklauseln in Verträgen
- III. Dividendenregelungen in Gesellschaftsverträgen
 1. Vorzugsdividende
 2. Mindestdividende
 3. Dividendenabhängige Vergütungen
- IV. Gewinnabhängige Vergütungen
 1. Gewinnanteil stiller Gesellschafter
 2. Dividendenerträge bei Personengesellschaften
- V. Abfindungsvereinbarungen in Gesellschaftsverträgen
 1. Abfindung zum anteiligen Buchwert
 2. Abfindung zum anteiligen Unternehmenswert
 3. Vorkaufsrecht der Mitgesellschafter